

Niedersächsisches Gesetz über die Landesvermessung und das Liegen- schaftskataster

Inhaltsübersicht

Erster Teil. Allgemeines.....	2
§1 Wahrnehmung der Aufgaben	2
§2 Pflichten der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der anderen behördlichen Vermessungsstellen	2
§3 Betreten von Grundstücken	2
§4 Vermessungs- und Grenzmarken	3
Zweiter Teil. Landesvermessung.....	3
§5 Inhalt.....	3
§6 Grundlagenvermessungen	3
§7 Topographische Landesaufnahme	4
§8 Topographische Landeskartenwerke.....	4
§9 Benutzung	4
§10 Vorlage von Unterlagen	4
Dritter Teil. Liegenschaftskataster	4
§11 Zweck und Inhalt.....	4
§12 Führung	5
§13 Benutzung	5
§14 Pflichten der Eigentümer	6
§15 Beglaubigungsbefugnis	6
§16 Grenzfeststellung und Abmarkung	6
§17 Grenztermin	6
§18 Bekanntgabe der Grenzfeststellung und der Abmarkung.....	7
Vierter Teil. Schlußvorschriften	7
§19 Ordnungswidrigkeiten	7
§20 Aufhebung von Rechtsvorschriften.....	7
§21 Inkrafttreten	7

Niedersächsisches Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster

**(Niedersächsisches Vermessungs- und Katastergesetz
- NVerKatG -).**

**Vom 2. Juli 1985 (Nds.GVBl. S. 187),
zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1994 (Nds. GVBl. S. 300)**

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Erster Teil. Allgemeines

§1 Wahrnehmung der Aufgaben

- (1) Die Landesvermessung und die Führung des Liegenschaftskatasters mit den dazu erforderlichen Vermessungen obliegen den Vermessungs- und Katasterbehörden des Landes.
- (2) An der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 wirken Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure als Träger eines öffentlichen Amtes im Rahmen der für sie geltenden Berufsordnung mit.
- (3) Andere behördliche Vermessungsstellen dürfen Vermessungen für die Führung des Liegenschaftskatasters ausführen, wenn sie von einem zum höheren technischen Verwaltungsdienst - Fachrichtung Vermessungs- und Liegenschaftswesen - befähigten Beamten geleitet werden und die Vermessungen der Erfüllung eigener Aufgaben dienen. Unter diesen Voraussetzungen können die anderen behördlichen Vermessungsstellen auch an Vermessungen für die Landesvermessung beteiligt werden.

§2 Pflichten der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der anderen behördlichen Vermessungsstellen

- (1) Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und andere behördliche Vermessungsstellen im Sinne des § 1 Abs. 3 unterstehen bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Gesetz der Rechts- und Fachaufsicht der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde.
- (2) Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und andere behördliche Vermessungsstellen im Sinne des § 1 Abs. 3 haben alle Unterlagen, die für die Landesvermessung oder für die Führung des Liegenschaftskatasters bedeutsam sind, der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde einzureichen und zu bestätigen, daß die Unterlagen richtig sind.

§3 Betreten von Grundstücken

- (1) Personen, die Aufgaben nach diesem Gesetz wahrnehmen, sind berechtigt, zu diesem Zweck Grundstücke zu betreten und zu befahren. Sind Grundstücke nicht öffentlich zugänglich, so soll das Betreten oder Befahren dem Eigentümer oder dem Nutzungsberechtigten angekündigt werden. Wohnungen dürfen nur betreten werden, wenn die Wohnungsinhaber zustimmen.
- (2) Entstehen durch eine nach Absatz 1 zulässige Maßnahme dem Eigentümer oder dem Nutzungsberechtigten unmittelbare Vermögensnachteile, so hat dafür der-

jenige, der die Kosten für die Vermessungsarbeiten zu tragen hat, eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten. Der Entschädigungsanspruch verjährt in einem Jahr; die Verjährung beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Vermögensnachteil entstanden ist. Die §§ 202 bis 224 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind entsprechend anzuwenden.

(3) Kommt keine Einigung über die Entschädigung zustande, so wird sie von der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde auf Antrag des Betroffenen festgesetzt. Für die Entschädigung gelten die Vorschriften des Niedersächsischen Enteignungsgesetzes entsprechend.

(4) Der Bescheid nach Absatz 3 kann nur durch Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden. Die §§ 58 und 75 der Verwaltungsgerichtsordnung gelten entsprechend. Über den Antrag entscheidet das Landgericht, Kammer für Baulandsachen. Die Vorschriften des Dritten Teils des Dritten Kapitels des Baugesetzbuchs über das Verfahren vor den Kammern (Senaten) für Baulandsachen sind anzuwenden.

§4 Vermessungs- und Grenzmarken

(1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte haben zu dulden, daß Marken zur amtlichen Kennzeichnung von Vermessungspunkten (Vermessungsmarken) und von Grenzen (Grenzmarken) auf ihren Grundstücken und an ihren baulichen Anlagen eingebracht und daß Vermessungssignale für die Dauer von Vermessungsarbeiten errichtet werden. Die Eigentümer und die Nutzungsberechtigten haben Handlungen zu unterlassen, die Vermessungs- und Grenzmarken sowie ihre Erkennbarkeit und Verwendbarkeit beeinträchtigen können.

(2) Vermessungs- und Grenzmarken dürfen nur von den nach § 1 Befugten eingebracht, verändert und beseitigt werden.

(3) Zum Schutz von Vermessungsmarken kann eine Fläche in Anspruch genommen werden, die nicht überbaut, abgetragen oder sonst verändert werden darf. Der Fachminister wird ermächtigt, durch Verordnung zu bestimmen, für welche Vermessungspunkte eine Schutzfläche beansprucht und wie sie begrenzt wird.

(4) Wer Maßnahmen treffen will, durch die Vermessungsmarken gefährdet werden können, hat dies unverzüglich der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde mitzuteilen. Eine Pflicht zur Mitteilung besteht auch, wenn den Eigentümern oder den Nutzungsberechtigten bekannt wird, daß Vermessungsmarken verlorengegangen, schadhaft, nicht mehr erkennbar oder in ihrer Lage verändert sind.

(5) Entstehen durch eine Maßnahme nach Absatz 1 oder Absatz 3 dem Eigentümer oder dem Nutzungsberechtigten unmittelbare Vermögensnachteile, so gilt § 3 Abs. 2 bis 4 entsprechend.

Zweiter Teil. Landesvermessung

§5 Inhalt

Die Landesvermessung umfaßt die Grundlagenvermessungen, die Topographische Landesaufnahme sowie die Führung und die Herausgabe der Topographischen Landeskartenwerke.

§6 Grundlagenvermessungen

(1) Durch Grundlagenvermessungen sind einheitliche geodätische Bezugssysteme für alle anderen öffentlichen Vermessungen zu schaffen.

(2) Festpunkte, deren Lage, Höhe und Schwere auf der Erde zu bestimmen sind, sind landesweit einzurichten, nachzuweisen und zu erhalten.

(3) Die Festpunkte sind durch Vermessungsmarken zu kennzeichnen (Vermarkung) und zu sichern.

§7 Topographische Landesaufnahme

(1) Die Topographische Landesaufnahme hat das Landesgebiet mit seinen topographischen Gegenständen und Geländeformen zeitnah zu erfassen und nachzuweisen.

(2) Für die Topographische Landesaufnahme ist eine Landesluftbildsammlung zu führen; in ihr werden Luftbilder, Satellitenbilder und andere Fernerkundungsergebnisse gesammelt, soweit das Land das Nutzungsrecht daran hat.

§8 Topographische Landeskartenwerke

(1) In Topographischen Landeskartenwerken sind die Ergebnisse der Topographischen Landesaufnahme in unterschiedlichen Maßstäben darzustellen.

(2) Jedes Topographische Landeskartenwerk besteht aus einheitlich gestalteten Karten, die das Landesgebiet in gleichem Maßstab und Blattschnitt darstellen. Für besondere Zwecke können Sonderausgaben hergestellt werden.

§9 Benutzung

(0) Die Topographischen Landeskartenwerke werden veröffentlicht und verbreitet, soweit öffentliche Belange dem nicht entgegenstehen. Luftbilder der Landesluftbildsammlung können veröffentlicht und verbreitet werden.

(2) Jeder kann aus den Nachweisen der Landesvermessung und aus der Landesluftbildsammlung Auskünfte und Auszüge erhalten, soweit öffentliche Belange dem nicht entgegenstehen und eine sachgerechte Verwendung gewährleistet wird.

(3) Luftbilder und Auszüge aus den Nachweisen der Landesvermessung dürfen von Dritten nur mit Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörden vervielfältigt und verbreitet werden. Einer Erlaubnis bedarf es nicht, wenn Luftbilder und Auszüge für eigene, nichtgewerbliche Zwecke vervielfältigt werden.

§10 Vorlage von Unterlagen

(1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstücken und Gebäuden und Erbbauberechtigte haben Unterlagen, die für die Landesvermessung bedeutsam sind, der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde auf Anforderung zur Auswertung vorzulegen.

(2) Auslagen, die durch die Vorlage entstehen, sind zu erstatten.

Dritter Teil. Liegenschaftskataster

§11 Zweck und Inhalt

(1) Das Liegenschaftskataster weist für das Landesgebiet alle Liegenschaften nach. Liegenschaften im Sinne dieses Gesetzes sind Flurstücke und Gebäude. Das Flurstück ist ein begrenzter Teil der Erdoberfläche, der im Liegenschaftskataster unter einer besonderen Bezeichnung geführt wird.

(2) Das Liegenschaftskataster ist amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung. Es weist die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nach dem Bodenschätzungsgesetz vom 16. Oktober 1934 (Reichsge-

setzbl. 1 S.1050), zuletzt geändert durch Artikel 95 Nr.4 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (Bundesgesetzbl. 1 5.3341), nach.

(3) Die Eigentümer der Grundstücke und die Erbbauberechtigten sind nachzuweisen. Die Übereinstimmung mit dem Grundbuch ist zu wahren.

(4) In das Liegenschaftskataster sind nachrichtlich folgende Hinweise aufzunehmen:

1. altlastenverdächtige Flächen und Altlasten im Sinne des Niedersächsischen Abfallgesetzes,
2. Vorkaufsrechte des Landes nach § 48 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes,
3. Wasserschutzgebiete nach § 48 des Niedersächsischen Wassergesetzes sowie Heilquellenschutzgebiete nach den §§ 142 und 143 des Niedersächsischen Wassergesetzes.

(5) Der Fachminister wird ermächtigt, durch Verordnung zu bestimmen, zu welchen weiteren grundstücksgleichen Rechten die Inhaber im Liegenschaftskataster und welche weiteren flurstücksbezogenen Hinweise zu führen sind.

§12 Führung

(1) Flurstücke werden auf Antrag oder von Amts wegen gebildet.

(2) Die Liegenschaften sind auf der Grundlage der Lagefestpunkte zu vermessen (Liegenschaftsvermessungen). Sie sind im Liegenschaftsbuch und in der Liegenschaftskarte nachzuweisen.

(3) Abweichend von § 41 Abs. 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes können Veränderungen im Liegenschaftsbuch und in der Liegenschaftskarte durch Offenlegung bekanntgemacht werden, wenn sie durch die umfangreiche Erneuerung dieser Nachweise oder durch die Übernahme der Ergebnisse öffentlich-rechtlicher Verfahren entstanden sind. Die Offenlegung wird dadurch bewirkt, daß die veränderten Nachweise ausgelegt werden. Dabei sind die betroffenen Liegenschaften sowie Ort und Zeit der Auslegung ortsüblich bekanntzumachen. Die Frist für die Offenlegung beträgt einen Monat.

(4) Die Vermessungs- und Katasterbehörden teilen Veränderungen im Liegenschaftskataster, die für das Grundbuch und für die Nachweise der Steuerverwaltung Bedeutung haben, den zuständigen Behörden kostenfrei mit.

(5) Der Fachminister wird ermächtigt, durch Verordnung das Verfahren der Offenlegung zu regeln.

§13 Benutzung

(1) Der Eigentümer und der Inhaber eines grundstücksgleichen Rechts erhalten auf Antrag Auskunft über ihre Liegenschaften und Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und aus der Liegenschaftskarte. Auskunft und Auszüge aus Liegenschaftsbuch und Liegenschaftskarte erhalten auch andere Personen, soweit sie ein berechtigtes Interesse daran darlegen und öffentliche Belange dem nicht entgegenstehen.

(2) Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise erhalten auf Antrag für alle Liegenschaften ihres Gebietes Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und aus der Liegenschaftskarte; spätere Änderungen werden ihnen von Amts wegen kostenfrei mitgeteilt. Sie können nach Maßgabe des Absatzes 1 Einblick in die Auszüge gewähren; sie nehmen diese Aufgabe im eigenen Wirkungskreis wahr.

(3) Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen (Vermessungszahlen) dürfen nur an Aufgabenträger nach § 1 Abs. 2 und 3 abgegeben werden. Anderen Stellen oder Personen können Vermessungszahlen überlassen werden, wenn eine sachgerechte Verwendung gewährleistet wird.

(4) Auszüge aus dem Liegenschaftskataster dürfen von Dritten nur mit Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörden vervielfältigt und verbreitet werden. Einer Erlaubnis bedarf es nicht, wenn Auszüge für eigene, nichtgewerbliche Zwecke vervielfältigt werden.

§14 Pflichten der Eigentümer

(1) Die Eigentümer von Grundstücken und von Gebäuden und die Erbbauberechtigten sind verpflichtet, der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde die für die Führung des Liegenschaftskatasters notwendigen Angaben zu machen. Sie haben die zuständige Vermessungs- und Katasterbehörde unverzüglich zu unterrichten, wenn ein Gebäude neu errichtet oder ein bestehendes Gebäude in seinen Außenmaßen verändert worden ist.

(2) Ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 eine Vermessung des Gebäudes erforderlich, so hat dessen Eigentümer die Vermessung und die Übernahme der Ergebnisse in das Liegenschaftskataster zu veranlassen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht innerhalb eines Monats nach Aufforderung nach, so ist die Vermessung von Amts wegen durchzuführen.

§15 Beglaubigungsbefugnis

(1) Der Leiter der das Liegenschaftskataster führenden Vermessungs- und Katasterbehörde, die von ihm beauftragten Beamten seiner Behörde sowie Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure sind befugt, Anträge von Eigentümern auf Vereinigung oder Teilung von Grundstücken öffentlich zu beglaubigen.

(2) Von der Befugnis nach Absatz 1 soll nur Gebrauch gemacht werden, wenn die zu vereinigenden Grundstücke örtlich und wirtschaftlich eine Einheit sind oder wenn die Teilung erforderlich ist, um diese Einheit herzustellen.

(3) Auf die Beglaubigung sind die Vorschriften des Beurkundungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(4) Für die Beglaubigung werden Kosten nicht erhoben.

§16 Grenzfeststellung und Abmarkung

(1) Der örtliche Verlauf der im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Flurstücksgrenzen wird auf Antrag oder von Amts wegen festgestellt (Grenzfeststellung).

(2) Festgestellte Flurstücksgrenzen sind durch Grenzmarken zu kennzeichnen (Abmarkung), soweit nicht der Verlauf durch dauerhafte Grenzeinrichtungen ausreichend erkennbar ist. Eine Flurstücksgrenze ist nicht abzumarken, wenn die Beteiligten dies beantragen und Gründe des öffentlichen Interesses nicht entgegenstehen.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn neue Flurstücksgrenzen gebildet werden oder Grenzen durch Gerichtsurteil oder durch Vergleich festgelegt sind.

§17 Grenztermin

(1) Zur Anhörung der Beteiligten im Grenzfeststellungs- und im Abmarkungsverfahren ist ein Grenztermin abzuhalten. Zeitpunkt und Ort sind den Beteiligten rechtzeitig mitzuteilen. Dabei sind sie darauf hinzuweisen, daß auch ohne ihre Anwesenheit Flurstücksgrenzen festgestellt und abgemarkt werden. Es kann angeordnet werden, daß ein Beteiligter persönlich zu erscheinen hat.

(2) Über den Grenztermin ist eine Niederschrift aufzunehmen. Auf Antrag erhalten die Beteiligten eine Wiedergabe der Niederschrift.

§18 Bekanntgabe der Grenzfeststellung und der Abmarkung

(1) Die Grenzfeststellung und die Abmarkung sind den anwesenden Beteiligten grundsätzlich im Grenztermin, den nicht anwesenden Beteiligten schriftlich bekanntzugeben.

(2) Der Fachminister wird ermächtigt, durch Verordnung das Verfahren der Grenzfeststellung, der Abmarkung und der Bekanntgabe näher zu regeln sowie für öffentlich-rechtliche Bodenordnungs- und Enteignungsverfahren besondere Regelungen für die Grenzfeststellung und die Abmarkung zuzulassen.

Vierter Teil. Schlußvorschriften

§19 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. unbefugt Vermessungs- oder Grenzmarken einbringt, verändert oder beseitigt oder der Mitteilungspflicht nach § 4 Abs. 4 nicht unverzüglich nachkommt;
2. für Vermessungsarbeiten errichtete Vermessungssignale unbefugt beseitigt oder verändert;
3. unbefugt Schutzflächen für Vermessungsmarken überbaut, abträgt oder sonst verändert;
4. unbefugt Auszüge aus den Nachweisen der Landesvermessung oder aus dem Liegenschaftskataster vervielfältigt oder verbreitet;
5. unbefugt Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen verwendet;
6. der Verpflichtung nach § 14 Abs. 1 Satz 2 nicht nachkommt.

(2) Jede Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5000 Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Ordnungswidrig hergestellte Erzeugnisse nach Absatz 1 Nr.4 können eingezogen werden.

§20 Aufhebung von Rechtsvorschriften

Es treten außer Kraft:

1. das Vermessungs- und Katastergesetz vom 8. November 1961 (Nieders. GVBl. S.319), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Zweiten Anpassungsgesetzes vom 2. Dezember 1974 (Nieders. GVBl. S.535),
2. das Gesetz über die Neuordnung des Vermessungswesens vom 3. Juli 1934 (Nieders. GVBl. Sb. II S.348),
3. das Gesetz über die Beurkundungs- und Beglaubigungsbefugnis der Vermessungsbehörden vom 15. November 1937 (Nieders. GVBl. Sb. II S.348),
4. die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung von Vermessungstechniker- und Landkartentechniker- Lehrlingen vom 3. April 1969 (Nieders. GVBl. S.100).

§21 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Januar 1986 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten § 4 Abs. 3 Satz 2, §11 Abs. 4, § 12 Abs. 5 und § 18 Abs. 2 am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Hannover, den 2. Juli 1985.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Albrecht

Für den Niedersächsischen Minister des Innern

Der Niedersächsische Minister der Justiz

Remmers